



DER ZUG VON BREST NACH TERESPOL
Die Tschetschenen sitzen im Waggon Nummer drei.

Der Schicksalszug

Die weißrussisch-polnische Grenze ist für Tschetschenen, die dem diktatorischen Regime von Ramsan Kadyrow entkommen wollen, oft die einzige Hoffnung. Die Geschichte einer unbemerkten Flüchtlingsroute.

VON BARTHOLOMÄUS VON LAFFERT
FOTOS: MORITZ RICHTER UND PAUL LOVIS WAGNER

Wenn es in Brest in Weißrussland zu dämmern beginnt, die Straßenlaternen noch leuchten und sich der Himmel pink verfärbt, kann man beobachten, wie Dutzende senfgelbe Taxis zum 130 Jahre alten Zentralbahnhof schwirren wie Motten zum Licht. Aus den Autos steigen dann Kinder, Frauen, Männer mit bunten Rucksäcken, Sporttaschen, klappernden Ziehkofferchen, fast alle kommen sie aus Tschetschenien, alle haben sie an diesem Morgen ein Ziel: den Zug um 6:22 Uhr, der sie hinüberträgt über den Fluss Bug, über die weißrussisch-polnische Grenze, zehn Kilometer nach Terespol, in die Europäische Union. Dort wollen sie einen Asylantrag stellen.

Nacheinander schieben sich die Familien durch die hohen hölzernen Schwingtüren der Bahnhofswartehalle in Brest. Wie Spieler vor einem Pferderennen drängen sich die Erwachsenen um die gläsernen Kartenhäuschen, aus denen müde junge Frauen in olivfarbenen Uniformen Bahntickets verkaufen, als wären es Wettcoupons. Vier Euro kostet die Hinfahrt, vier Euro das Ticket zurück, das man als Tschetschene dazukaufen muss. Etwa 1:80 stunden die Gewinnchancen zurzeit, die Chance, in Polen einen Asylantrag stellen zu dürfen, sagt Fatima A. (alle Namen der tschetschenischen Geflüchteten geändert), 40 Jahre alt, marineblaues Kopftuch, schwarz gerahmte Brille, ein ernster Blick, in dem sich die Sorge um ihre fünf Kinder eingeschrieben hat. Neun Jahre ist Kerim, ihr Ältester, die Jüngste, Maria, ist gerade zwei geworden.

Während sich die Erwachsenen drängen, kauern die Kinder zwischen den kunstvoll geschnitzten Warbbänken, den hohen Säulen aus Marmor, unter stuckverzierter Decke. Kerim jagt Soldaten über den Bildschirm des Smartphones der Mutter, die zwei jüngeren Mädchen schlafen, Leyla, 8, isst ein Käsebrötchen. Brösel fallen auf ihr pinkes T-Shirt, auf dem in weißen Lettern #Anyways geschrieben steht. Abdullah, der Sechsjährige, steht neben Fatima A. am Schalter und fragt: „Mama, fahren wir heute zurück nach Deutschland?“

Es ist der zwölfte Morgen, den sie so verbringen, der zwölfte Morgen, an dem Abdullah fragt, der zwölfte Morgen, an dem die Frau am Schalter im gläsernen Kasten unfreundlich ist: „Einmal sechs Personen, macht 48 Euro, Wagen drei, los, los, beeilen Sie sich, der Zug fährt gleich ab!“

„Das ist eine Tradition“, sagt Fatima A. „Alle Tschetschenen bekommen Wagen drei.“ „Refugee-Transport“ nennen sie den Waggon in Brest. Schon am Schalter werden die Flüchtlinge von den Touristen getrennt. Die muslimisch aussehenden Menschen von allen anderen. Die mit dunkler Hautfarbe von denen mit weißer. Die ohne Visa von denen mit. So haben es die Grenzschützer in Polen später leichter, zu entscheiden, wen sie ins Land und somit in die Europäische Union lassen und wen nicht. Bis zum Mittag werden die allermeisten Familien wieder in Brest, in Weißrussland zurück sein. Wahrscheinlich ▶



„Mama, fahren wir heute zurück nach Deutschland?“
Abdullah, sechs Jahre

FATIMA A. (GANZ OBEN) MIT IHREN KINDERN; PATIMA UND IHR EHEMANN 90 Tage haben sie Zeit, um die EU zu erreichen.

wird auch an diesem Mittag eine Familie fehlen. Die Gewinner, die Auserwählten, die Überlebenden – in Brest gibt es viele Namen für diejenigen, die von den polnischen Grenzschützern ausgewählt werden, einen Asylantrag stellen zu dürfen.

Wahrscheinlich ist das harte Vorgehen der polnischen Grenzschützer einer der Gründe, warum in Westeuropa kaum einer je von der tschetschenischen Flüchtlingskrise gehört hat, die sich seit fast vier Jahren an der Türschwelle zu Polen abspielt. Die Krise wird einfach aus der EU ausgesperrt: rund 50 geflüchtete Familien harren derzeit in Brest aus, schätzt die weißrussische Menschenrechtsorganisation Human Constanta, mehrere Hundert im Jahr. Die wenigsten schaffen es hinüber.

90 Tage haben die Tschetschenen Zeit, um Weißrussland Richtung EU zu verlassen. Solange dürfen sich russische Passinhaber ohne Visum in Weißrussland aufhalten – danach werden sie abgeschoben. Zurück nach Tschetschenien.

DAS LEBEN ZWISCHEN DEN WELTEN

Am Stadtrand von Brest steht ein unscheinbares Haus, kein Rohbau mehr, aber außen noch nicht verputzt. Drinnen riecht es nach Kartoffeln und

Zwiebeln, nach Menschenschweiß und nach einer Toilette, auf deren Boden daumentief Urin steht. Sechs Familien leben hier, 29 Menschen in sieben Zimmern.

Da ist Patima, 20, aus der tschetschenischen Nachbarprovinz Dagestan, schwanger im fünften Monat, mit ihrem Ehemann Mikhael, 21, der schon frühmorgens eine Wodkafahne hat. Khalid, ein Choliker, der einmal LKWs gesteuert hat und der heute aus einer Mischung von Frust und Traurigkeit die eigenen Kinder und die Kinder der Mitbewohner schlägt. Das ist Adlan, der 48 ist, aber wie Ende 60 aussieht, und es kaum schafft, sich vom Liegesofa zum Kettenrauchen nach draußen zu schleppen auf den grauen Innenhof, über den nachmittags die Kinder toben.

Und da ist Fatima A., die Mutter der tobenden Kinder, die immer wieder sagt, dass sie sich das gar nicht vorstellen kann, dass das alles gerade wirklich passiert, weil man sich eine Geschichte wie die ihre allerhöchstens ausdenken könnte, aber wahr sein könne sie nicht.

2013 war sie schon einmal in Brest, erzählt sie, auf der Flucht nach Deutschland. Damals waren ihre zwei jüngsten Kinder noch gar nicht geboren, da-

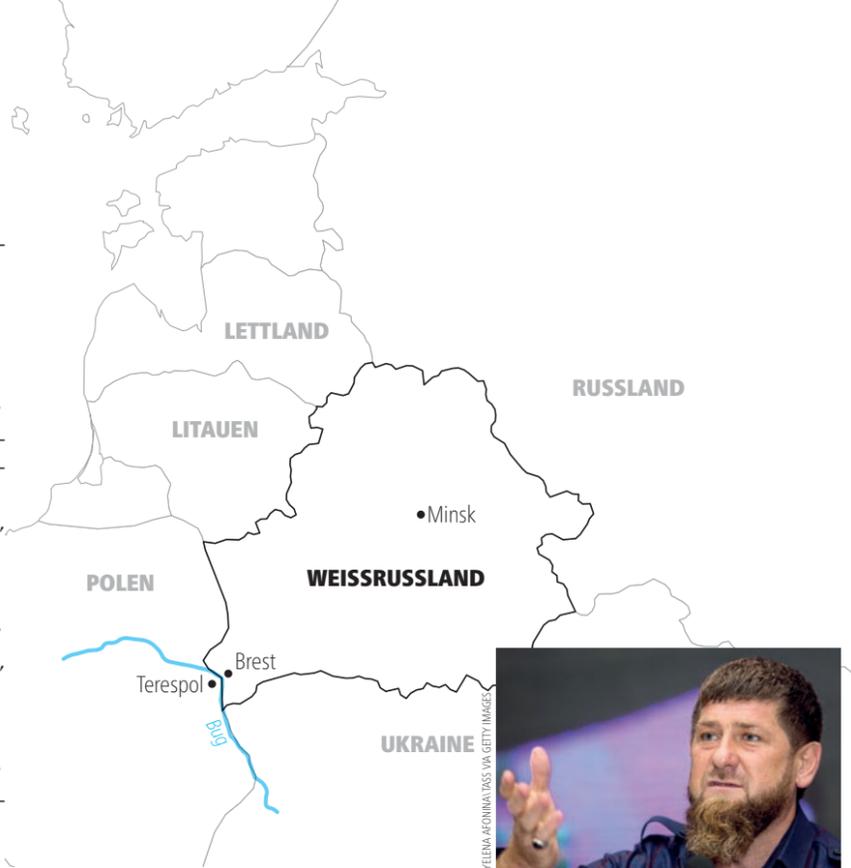
mals hatte sie noch einen Mann, erzählt sie. Warum sie Tschetschenien damals verlassen hat, das will sie im Detail nicht erzählen, weil sie Angst habe, Menschen aus ihrer Heimatstadt würden sie in diesem Artikel wiedererkennen. Nur so viel: Sie und ihr Mann seien politisch aktiv gewesen. Und zwar nicht aufseiten des tschetschenischen Diktators Ramsan Kadyrow.

Fast fünf Jahre lebt Fatima A. ab 2013 mit ihrer Familie in einer kleinen Ortschaft in Baden-Württemberg in der Nähe des Städtchens Wehr gleich hinter der Schweizer Grenze. Die zwei älteren Kinder gehen zur Schule, die jüngeren in den Kindergarten, auch wenn ihr Deutsch noch brüchig ist, fühlt sie sich wohl. Über die Zeit damals sagt sie: „Man sagt ja: Nirgends ist es besser als zu Hause. Deutschland aber war besser.“ Ihr Mann lebt da schon nicht mehr bei der Familie, ist abgehauen, nach Frankreich, glaubt Fatima A., sicher ist sie sich nicht. Sicher ist nur, dass sie allein ist, als in einer Nacht im März 2018 um zwei Uhr früh eine Gruppe uniformierter Polizisten in ihrem Wohnzimmer steht. „Die Kinder weinten vor Angst, und ich dachte, es liegt ein Missverständnis vor und sie haben sich in der Adresse geirrt“, erzählt Fatima A. „Wenn eine Person das Recht bricht, dann sollte man sie abschieben, aber wir hatten ja nichts getan.“

Die Polizisten irren sich nicht. Zwei oder drei Wochen zuvor hätte ihr die Ausländerbehörde bereits einen Abschiebebescheid zugestellt, dem sie damals keine große Bedeutung zumaß, erzählt Fatima A. heute. In jener Nacht bringen die Polizisten die sechsköpfige Familie zum Flugzeug, das am Mittag des nächsten Tages in Moskau landet.

Fatima A.s Geschichte ist eine von Dutzenden unterschiedlicher Fluchtgeschichten, auf die man in Brest stößt. Fast zehn Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges in Tschetschenien lässt der tschetschenische Präsident Ramsan Kadyrow – wenn er nicht gerade für seinen Instagram-Account mit Fußballgrößen wie Ronaldinho oder Mohammed Salah posiert – Oppositionelle, Homosexuelle, radikale Islamisten und solche, die er dafür hält, verfolgen, einsperren und foltern. Andere flüchten vor dem Militärdienst in Syrien und viele Frauen aus einer zutiefst traditionellen und patriarchalen Gesellschaft, in der Zwangs- und Kinderehen sowie Blutrache zum Alltag gehören.

Es sind Fluchtgeschichten, deren Ausgang auch dann noch völlig offen ist, wenn die Menschen die weißrussisch-polnische Grenzstadt Brest erreicht haben. So selten wie möglich versuchen Bewohner des Hauses am Stadtrand, in dem Fatima A. lebt, nach draußen zu gehen. Wenn doch, werfen sie hektische Blicke nach links, rechts, über die Schulter, als würden sie verfolgt. Wenn sich Tschetschenen zum Interview bereit erklären, tun sie das unter der Bedingung, dass ihre Namen nicht genannt werden. Allgegenwärtig ist die Angst, die größer ist als die Angst vor dem Urteil der Grenzschützer in Polen: Die Angst vor den Kadyrowzy, der Sicherheitstruppe des tschetschenischen Präsidenten, die für zahlreiche Fälle von Mord und Folter von Regierungsgegnern verantwort-



DIKTATOR KADYROW
Vor seinem Regime flüchten viele Tschetschenen Richtung Europa.

IM ZUG NACH POLEN.
„Bei der Grenzkontrolle sind Ausländer verpflichtet, den Zweck der Einreise anzugeben.“



lich gemacht werden.

„Sie können jetzt sagen, der alte Mann ist paranoid, oder sie glauben mir“, sagt Adlan K., 48, der wie Ende 60 aussieht. Er pafft eine Winston-Zigarette durch die Lücke im Gebiss, in der früher einmal Schneidezähne waren, bevor sie ihm von den Kadyrowzy im tschetschenischen Knast gezogen wurden, wie er erzählt. Sie hätten ihn im Juli 2018 verhaftet, mit der Begründung, er hätte Mitte der 2000er Jahre, zu einer Zeit, in der er als Flüchtling in Spanien lebte, einem ehemaligen Separatistenführer Obdach gewährt. Er konnte fliehen und sagt: „Kadyrows Männer sind überall. Sie sind auf der Straße, auf den Supermärkten, am Bahnhof, wenn wir abfahren und wenn wir wiederkommen. Es sind schon Menschen in Brest entführt und nach Tschetschenien verschleppt worden. Ich mache mir große Sorgen.“

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat im vergangenen Jahr die Fälle von zwei tschetschenischen Männern dokumentiert, die aus Brest nach Tschetschenien verschleppt wurden. Im Falle von Artur Aydamirov hat die NGO im Juli 2018 eine „Urgent Action“-Petition gestartet.

Aydamirov, 34, ein ehemaliger Polizist, war mit seiner Ehefrau und den drei Kindern nach Brest geflohen, nachdem er erfahren hatte, dass er zum Militär einberufen werde, um im Syrienkrieg für Russland zu kämpfen. Er verschwand am 8. Juni 2018. Augenzeugen berichten, dass sie gesehen hätten, wie ihn vier Männer am Ticketschalter am Bahnhof in Brest abgefangen, ihm Handschellen angelegt, ihn anschließend in einen Van verfrachtet hätten und davongefahren seien. Seitdem fehlt von Artur Aydamirov jede Spur.

Aleksandra Fertlinska, von Amnesty International in Polen sagt zu dem Fall: „Artur hat mit seiner Familie neun Mal versucht, nach Polen zu kommen, ▶



BAHNHOF VON BREST (OBEN), HAUS DER FLÜCHTLINGE „Es sind schon Menschen in Brest entführt und nach Tschetschenien verschleppt worden.“

neun Mal wurde er abgewiesen, dann wurde er entführt. Meiner Einschätzung nach verstoßen die polnischen Autoritäten klar gegen das Nichtzurückweisungsprinzip und bringen Flüchtlinge damit bewusst in Lebensgefahr.“

UND TÄGLICH GRÜSST DAS POLNISCHE GRENZREGIME

Jeden Morgen um 7:40 Uhr, eine Stunde Zeitverschiebung und 18 Minuten, nachdem sie in Brest in Wagen drei gestiegen sind, kommt der Zug mit den tschetschenischen Flüchtlingen in Polen an. Genauer: am Bahnhof in Terespol. Denn geht es nach den polnischen Grenzschutzbeamten, beginnt Polen erst hinter der Grenzkontrolle.

Tag für Tag vollzieht sich hier ein über Jahre einstudiertes Ritual. Zuerst dürfen die Menschen aus Waggon eins und zwei den Zug verlassen. Erst wenn diese Passagiere abgefertigt sind, nach 30 Minuten etwa, öffnen sich die Türen von Wagen drei, dem „Refugee-Waggon“. Dann drängen sich die Menschen durch den schlauchartigen Gang vor die Passkontrollhäuschen am Eingang der Wartehalle des Bahnhofs in Terespol. Manchmal werden sie hier von den Grenzschützern nach den Gründen befragt, warum sie nach Polen gekommen sind – in den meisten Fällen werden sie dazu aufgefordert sich in der Ankunftshalle niederzulassen, um auf den Mittagzug zurück nach Weißrussland zu warten. Jeden Tag würden eine, in seltenen Fälle zwei Familien ausgewählt, denen erlaubt wird, einen Asylantrag zu stellen.

„Das Vorgehen der polnischen Grenzpolizisten, das wir beobachten, ist illegal“, sagt Viktoria Radchuk. Die 33-jährige Rechtsanwältin hat über ein Jahr für die weißrussische NGO Human Constanta in Brest gearbeitet, die Rechtsberatung für Flüchtlinge in Brest anbietet. „Es gibt die Genfer Flüchtlingskonvention, die bestimmt, dass eine Person, die gewillt ist, Asyl zu beantragen, nicht an der Grenze abgewiesen werden darf.“ In der Vergangenheit versuchte sie regelmäßig mit Beschwerdeschreiben an die polnischen Behörden den Flüchtlingen zu ihrem Recht zu verhelfen. Zuletzt hatten sie und ihre Kollegen auf der polnischen Seite damit aber kaum noch Erfolg.

Seit kurz vor Weihnachten 2015 die rechtskonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Regierung übernahm, hat sich die Situation an der Grenze weiter verschlimmert. Aleksandra Chrzanowska arbeitet in der „Association for Legal Intervention“ in Warschau, ihre Organisation ist das polnische Pendant zu Human Constanta. Seit 2015 beobachten sie das Vorgehen der polnischen Grenzschützer in Terespol. Chrzanowska beschreibt ihre Erfahrungen so: „Seit dem Sommer 2016 haben wir nicht mehr erfolgreich interveniert. Das war der Zeitpunkt, als die PiS-Regierung ihre Arbeit richtig aufgenommen hat. Im Wahlkampf hatten sie gegen Flüchtlinge gehetzt – jetzt mussten sie zeigen, dass sie auch keine mehr ins Land ließen.“

Zu dieser Zeit, im August 2016, sagt der neue polnische Innenminister Mariusz Blaszczak in einem Interview, es gebe in Tschetschenien keinen Krieg mehr, daher sei der Weg über Weißrussland nach

Polen lediglich eine neue Migrationsroute für Muslime nach Westeuropa. „Solange ich Innenminister bin und Polen von Recht und Gerechtigkeit regiert wird, werden wir Polen keiner terroristischen Bedrohung aussetzen.“

Die polnische Grenzpolizei weist alle Vorwürfe zurück, illegal gegen Asylsuchende an der Grenze vorzugehen. Auf Anfrage schreibt der Sprecher des Kommandanten der Grenzschutzabteilung in Terespol: „Bei der Grenzkontrolle sind Ausländer verpflichtet, den Zweck der Einreise anzugeben. Wenn aus den vom Ausländer übermittelten Informationen ersichtlich wird, dass er internationalen Schutz sucht, darf er Polen betreten und einen Antrag auf Asyl stellen. Wenn die Erklärung des Ausländers jedoch zeigt, dass das Ziel der Einreise ein anderes ist, z. B. der Wunsch in westeuropäische Länder zu reisen, Arbeitssuche oder andere wirtschaftliche Ziele, dann wird die Einreise verweigert.“

Tatsächlich berichten tschetschenische Asylsuchende in Brest immer wieder davon, dass die polnischen Grenzpolizisten sie in informellen – da sie für offizielle Asylinterviews nicht bevollmächtigt sind – Interviews gefragt hätten, ob sie Verwandte in Europa haben oder ob sie irgendwann einmal vorhätten, in der EU zu arbeiten.

Für die Menschenrechtsorganisationen in Polen und Weißrussland ist es derzeit schwer, an Beweismaterial zu kommen, da unbeteiligte Beobachter und selbst Anwälte bei den Kontrollen an der Grenze nicht dabei sein dürfen – aus „Datenschutzgründen“, wie der Sprecher der Grenzpolizei schreibt.

Es steht Aussage gegen Aussage: Die Asylsuchenden, die sagen, dass ihre Bitten um internationalen Schutz von den Grenzpolizisten ignoriert und abgewiesen werden, auf der einen – die Grenzpolizisten, die behaupten, es gebe diese Bitten gar nicht, auf der anderen Seite.

Die Bahnhofshalle in Brest, zwei Tage später. Es ist sechs Uhr früh. Warten auf den Zug. Fatima A. ist an diesem Morgen angespannt, die Sorgenfalten in ihrem Gesicht scheinen an diesem Tag noch tiefer, die Augenringe noch dunkler als sonst. Am Vortag hat sie einen Brief der weißrussischen Ausländerbehörde bekommen, der sie dazu auffordert, das Land innerhalb der nächsten zehn Tage zu verlassen. Zu-

rückzugehen nach Tschetschenien. Sie will von nun an jeden Morgen den Zug nehmen. Keine Pause.

Zehn Tage lang um fünf Uhr aufstehen, wettcoupongleiche Tickets kaufen am Bahnhofsschalter, und die uniformierte Frau am Schalter wird unfreundlich sein. Zehn Mal Warten in der Halle mit den riesigen Marmorsäulen. Die Töchter werden wieder schlafen, Kerim wird virtuelle Soldaten über den Smartphonebildschirm jagen, zehn Mal wird Abdullah fragen: Mama, fahren wir heute zurück nach Deutschland? Dann piepst es, die hohe hölzerne Schwingtür zum Bahnsteig öffnet sich, die Schaffnerin von Wagen drei wünscht auf Russisch „Gute Fahrt und bis später“ – „Nix später, heute Mittag kommen wir nicht mehr zurück“, schimpft Fatima A. auf Deutsch.

18 Minuten sitzt Fatima A. mit ihren Kindern auf den Pritschen der Bahn, die noch aus Sowjetzeiten stammt. Hinter den weißen Spitzengardinen verschwindet die burgähnliche Fassade des Zentralbahnhofs von Brest. Angespant schweigen die Erwachsenen, gleichgültig plappern die Kinder. 30 Minuten warten am Bahnhof in Terespol, bis sich die Türen von Wagen drei öffnen. Fatima A. sagt dem polnischen Grenzbeamten bei der Passkontrolle mehrmals auf Russisch, sie wolle in Polen Asyl beantragen. Die Beamten ignorieren das. Fatima A. wird noch mit dem Mittagzug zurückgeschickt. Nur eine schwangere Frau, die ohnmächtig geworden war, und deren Mann haben sie dabeigehalten. Und das, obwohl Fatima A. auf polnischem Boden, in der EU, gegenüber einem polnischen Grenzbeamten ihren Willen geäußert hatte, in der EU Asyl zu beantragen.

Inzwischen ist Fatima A. zurückgekehrt nach Tschetschenien. Ihr 90-Tage-Aufenthalt für Weißrussland ist abgelaufen. Sie versteckte sich in einer Wohnung von Verwandten, die Kinder gingen nicht zur Schule, das sei zu riskant, teilt sie über einen Messenger-Dienst mit. Über einen Bekannten habe sie erfahren, dass es Schlepper gebe, die einen für 4000 Euro pro Person von Weißrussland nach Deutschland brächten. 24.000 Euro für die ganze Familie. Sie könne sich das nicht leisten, deshalb werde sie bald zum dritten Mal mit ihren fünf Kindern nach Brest reisen, zum 30. Mal dann in den Zug nach Terespol steigen und hoffen, dass die Grenzpolizisten ihr richtig zuhören. Nur ein einziges Mal.

„Solange ich Innenminister bin, werden wir Polen keiner terroristischen Bedrohung aussetzen.“

Mariusz Blaszczak, ehemaliger polnischer Innenminister, jetzt Verteidigungsminister

„Das Vorgehen der polnischen Grenzpolizisten, das wir beobachten, ist illegal.“

Viktoria Radchuk, Rechtsanwältin



Menschen – Themen – Meinungen.

Montagmittag live auf Radio Wien: profil im Radio mit einem spannenden Thema.

